

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

415
Zweite Ausgabe

Wien, Montag, den 28. November 1927.

.....

Die Wiener Gemeinde-Anleihe im städtischen Finanzausschuss. Der städtische Finanzausschuss hat sich heute mit der Vorlage der Wiener Gemeinde-Anleihe beschäftigt. Stadtrat Breitner legte unter Hinweis auf den ausführlichen Motivenbericht noch einmal alle Bedingungen der Anleihe dar. Stadtrat Kunschak verwies darauf, dass durch die Anleihe der Wirkungsbereich der städtischen Unternehmungen eine Erweiterung erfahren wird, was mit neuen Bestellungen an Industrie und Gewerbe, aber auch mit einer Vermehrung des Personalstandes gleichbedeutend sei. Die Minderheit müsse verlangen, dass bei Bestellungen ausnahmslos zum früheren System der öffentlichen Ausschreibung zurückgekehrt werde, um politische Rücksichtnahmen vollkommen auszuschliessen. Was das Personal anlange, so herrsche heute bei der Aufnahme eine absolute Einseitigkeit, die der Opposition schon seit Jahren immer wieder zu Klagen Anlass gebe. Wenn die Minorität an und für sich für die Aufnahme einer Anleihe sei, so müsse es eigentlich als ein eigener Erfolg bezeichnet werden, dass heute ein solcher Antrag gestellt werde, doch müsse die Minderheit ihre Zustimmung im Gemeinderate davon abhängig machen, dass die von ihnen vorgebrachten Wünsche berücksichtigt werden. Die Gemeinderäte Zimmerl und Angermayer richteten einige sachliche Anfragen an den Referenten, so eine Anfrage über das Verhältnis der Gemeinde zu den 1902er Aktionären, die vom Stadtrat Breitner beantwortet wurden. In seinem Schlusswort erwiderte Stadtrat Breitner, dass die Bestellungen durch die Ausschüsse erfolgen und es wohl zu den allergrössten Seltenheiten gehört - wenn ein solcher Fall überhaupt vorliegt - dass die Vergebung von Lieferungen durch einen Majoritätsbeschluss erfolge. Soweit die Erinnerung zurückreiche, wurden Lieferungen nur auf Grund einstimmiger Beschlüsse vergeben. Was das Personal anlange, so ist es unzu treffend, dass irgendwelche andere Gründe als rein sachliche bestimmend seien. Es wäre wünschenswert, dass die Minderheit, da ja keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit darüber bestehe, dass die Aufnahme einer Anleihe wünschenswert sei, kein Politikum aus der Vorlage machen und sie die Vorlage einer sachlichen Prüfung unterziehen möge. Die erzielten Bedingungen halten durchaus jeder Kritik stand. Stadtrat Breitner gab schliesslich seiner Erwartung Ausdruck, dass die Annahme der Vorlage im Gemeinderate einstimmig erfolgen werde. Bei der Beschlussfassung enthielt sich die Opposition der Abstimmung.

.....